

BÜRGERPROGRAMM
STADT
CHEMNITZ



BÜRGERFORUM CHEMNITZ

CHEMNITZ:
KOPFSACHE!

Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.	04
Der Weg zum BürgerForum	06
So funktioniert die Online-Plattform	08
Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern?	10
Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit	12
Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung	14
Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen	16
Vorschlag Ausschuss Integration	18
Vorschlag Ausschuss Bildung	20
Vorschlag Ausschuss Demografie	22

Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:
 

© BürgerForum 2011
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh
www.buergerforum2011.de

Verantwortlich:
Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann
Anna Wohlfarth · Lars Thies
Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat:
SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH · www.schmitz-wg.com

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 3), Rafael Herlich (S. 11)
Sven Gleisberg (S. 6, 13, 15, 17, 19, 21, 23)

Wir bitten um Verständnis, dass in der Regel auf die explizite Nennung
der weiblichen Sprachform verzichtet wurde. Frauen und Männer sind
immer gleichermaßen gemeint.



Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof. Die Rede wurde live in die anderen 24 Regionen übertragen.

DAS BÜRGERFORUM 2011 – ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN.

Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen in Deutschland wurden jeweils 400 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen mitzudiskutieren. Bundesweit beteiligten sich so 10.000 Bürger an der Diskussion.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Auch die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt der Gegensatz zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich, die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen künftig zusammenleben?

Unter der Überschrift „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.“ haben die Teilnehmer zu dieser Frage in sechs thematischen Ausschüssen gearbeitet (siehe Abbildungen unten).

Das Ergebnis des BürgerForums 2011 sind 25 regionale BürgerProgramme, mit jeweils einem konkreten Vorschlag zu jedem Ausschussthema. Alle Teilnehmer wählen außerdem einen der regionalen Vorschläge pro Thema in ein bundesweites BürgerProgramm. Am 28. Mai übergeben sie dieses BürgerProgramm an den Bundespräsidenten und stellen es der Öffentlichkeit vor.

So wurden die Stadt Chemnitz Teil des BürgerForums

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland, alle kreisfreien Städte und alle Städte mit mehr als 80.000 Ein-

wohnern zur Mitwirkung am BürgerForum 2011 eingeladen. Über 160 Städte und Landkreise hatten sich beworben. Aus allen Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Regionen ausgewählt. Die Stadt Chemnitz war dabei!

So wurden die Teilnehmer ausgewählt

Für jeden Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Anruf. Die 400 Bürger aus Chemnitz wurden durch eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister ausgewählt und zum BürgerForum eingeladen. Ziel der Zufallsauswahl war, dass die Teilnehmer die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und dass eine möglichst große Zahl an unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion und in die Vorschläge einfließt.



Solidarität und Gerechtigkeit



Demokratie und Beteiligung



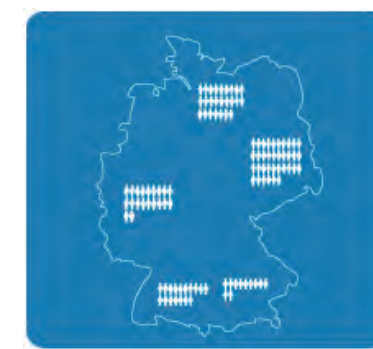
Familiäre Lebensformen



Integration



Bildung



Demografie



DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das Bürger-Programm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch online erarbeitet wurde.

Auftakt

Begonnen haben die Teilnehmer des BürgerForums mit der Arbeit auf einer

Auftaktveranstaltung am 12. März 2011. Alle sechs Ausschüsse eines regionalen BürgerForums kamen hier jeweils zusammen. Die Mitglieder eines Ausschusses hatten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und einen ganzen Tag lang intensiv zu arbeiten. In Diskussionen und Abstimmungen in kleinen Runden traf jeder Ausschuss erste inhaltliche Festlegungen für das BürgerProgramm. Unter dem Titel „Herausforderung“ haben die Teilnehmer das jeweils größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwick-

lung in ihrem Ausschussthema identifiziert und gemeinsam in wenigen Sätzen festgehalten.

In einem zweiten Schritt haben sie stichpunktartig erste Vorschläge formuliert, wie der Herausforderung begegnet werden kann.

Zeitgleich nahmen die Teilnehmer des BürgerForums 2011 in allen Regionen die Arbeit auf. Mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof, die in alle anderen Regionen übertragen wurde, eröffnete Bundespräsident Christian Wulff das BürgerForum.

Online-Diskussion

Die Ergebnisse des Auftakts nahmen die Teilnehmer mit in die Online-Diskussion. Innerhalb von zwei Wochen haben sie die einzelnen Vorschläge weiter ausgearbeitet und schließlich per Abstimmung in jedem Ausschuss den überzeugendsten Vorschlag ausgewählt. In den folgenden drei Wochen der Online-Diskussion wurde an dem ausgewählten Vorschlag weitergearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Details des Vorschlags sowie seine Vor- und Nachteile diskutiert und schließlich den Text formuliert, wie er hier im BürgerProgramm zu lesen ist. Vier sogenannte Online-Moderatoren haben in dieser Zeit darauf geachtet, dass die Diskussion fair und sachlich verläuft.

BürgerRedakteure schreiben die Texte

Wie konnten 60 oder 70 Menschen in jedem Ausschuss an einem gemeinsamen Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeitete selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure haben dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm formuliert.

Der Tag des BürgerForums

Auf einer zweiten Veranstaltung am 14. Mai in allen 25 Regionen wurden die Ergebnisse in Form des vorliegenden BürgerProgramms der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern von Politik und Gesellschaft diskutiert.

SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform des BürgerForums ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

Gesicht zeigen

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders

als bei vielen anderen politischen Diskussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

Kommentare und Anmerkungen

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommentar

durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

Aufgabenbereich

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

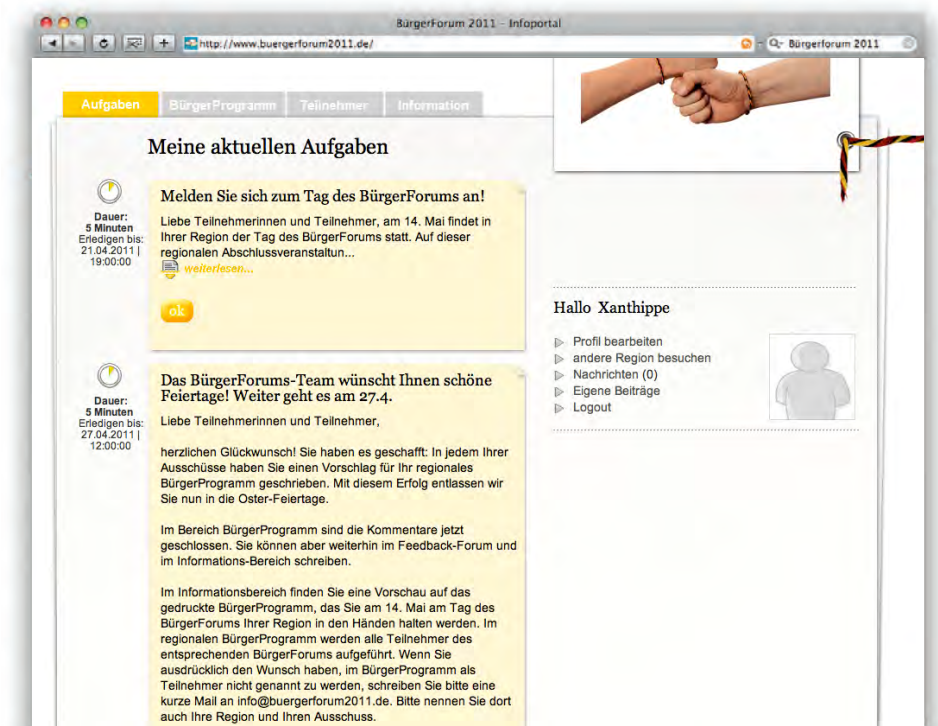
Informationen

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärungen

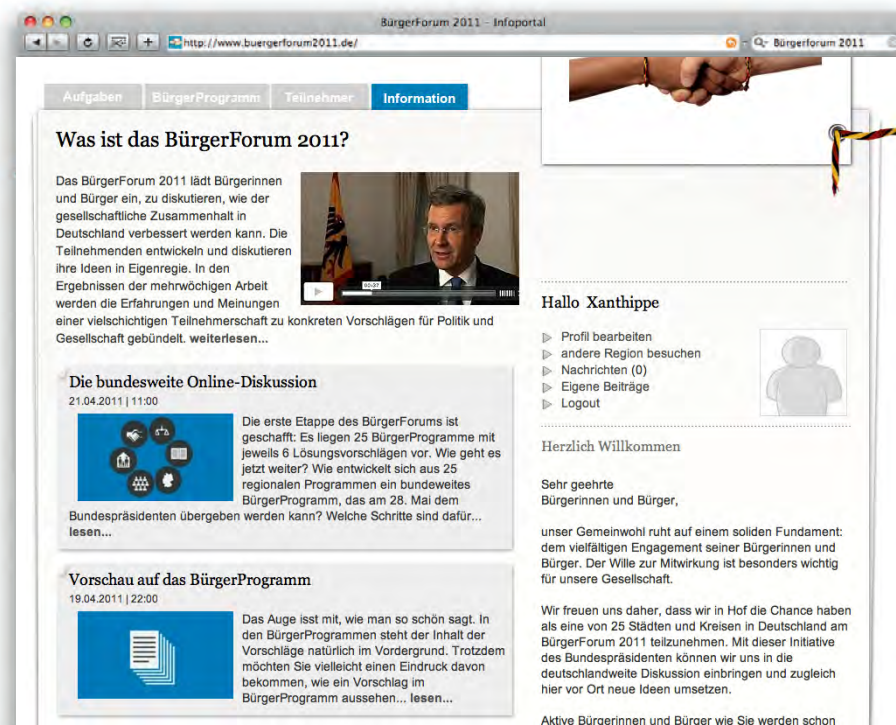
zu der Online-Plattform und einiges mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

Moderation

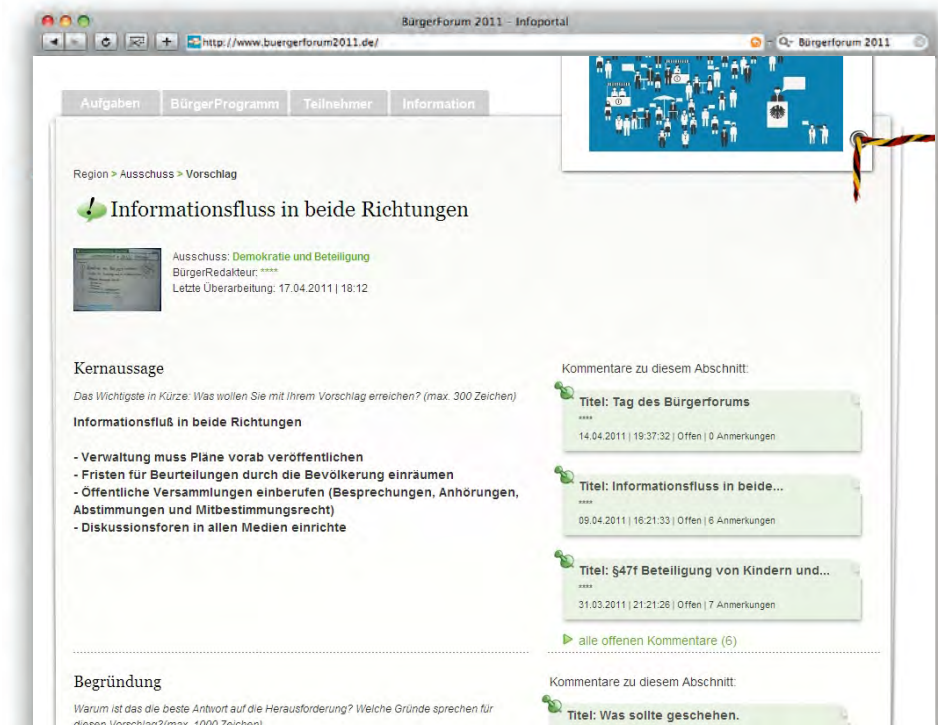
Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.



Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum



Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms



WIE KÖNNEN WIR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND FÖRDERN?

Mit dieser Frage haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums Chemnitz beschäftigt. Auf Veranstaltungen und in einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben sie Vorschläge für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die Ergebnisse ihrer Diskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums in der Stadt Chemnitz.

Romy Adam | Heiko Andersch | Daniela Anke | Marie-Luise Apostel | Werner-Simeon Balev | Helga Banert | Mathias Barluschke | Michael Barth | Detlef Barthel | Peter Bärthel | Ingrid Bartl | Gudula Bartosch | Christian Bauch | Matthias Bauer | Volkmar Becker | Jens Beer | Peggy Berger | Anett Biedermann | Hans-Joachim Bilz | Heide Bindig | Annemarie Bittrich | Thomas Blasius | Ricarda Blum | Hans-Jürgen Blume | Nadine Bluschke | Rudolf Boehm | Sylvie Bonitz | Petra Borchert | Klaus Borck | Kurt Böttcher | Marina Böttcher | Nicole Böttcher | Bettina Braeutigam | Gerlinde Brandhoff | Bernd Braun | Ulrich Alexander Braun | Marita Breede | Helmut Bretfeld | Ronald Brettner | Dagmar Brinkmann | Jan Brunnemann | Birgit Brunner | Barbara Brunnett | Christine Bunzel | Chouki Charaf | Michael Clauß | Kathrin Colditz | Sigo Cramer | Horst Danzberger | Ronald Diersch | Sabine Dietrich | Dagmar Dietrich | Hella Dietze | Regina Doerffel | Frank Donath | Jürgen Döring | Edgar Dost | Franka Dost | Stephan Pfalzer | Ilona Drechsel | Dieter Drummer | Bernd Eckhardt | Miriam Edler | Rebecca Eger | Rene Eggeler | Monika Eichler | Conny Endig | Monika Eschler | Claudia Evangelinos | Olav Fechner | Maik Fellmann | Andreas Fiedler | John Fiedler | Dirk Finsterbusch | Anett Fischer | Peter Fischer | Martin Flach | Sebastian Flad | Martin Fliedner | Gerhard Fobe | Chris Forker | Ines Frank | Katrin Franke | Hubertus Freitag | Frank Frenzel | Cathrin Fuchs | Kristina Funk | Sven Galambos | Christian Gaudes | Sabine Geck | Verena Gehrmann | Frank Geißler | Ute Georgi | Tony Gerber | Bodo Gerlach | Petra Glaesel | Uwe Gläser | Elke Glutsch | Annett Goerlitz | Karl Heinz Goldhahn | Jochem Gottschlich | Stephan Gottwald | Karl Götzte | Roman Graf | Hermann Grafe | Karsten Graupner | Tine Grodde | Sabine Großmann | Veronika Grund | Olaf Günther | Ivo Haag | Wolfgang Haase | Ulrich Haase | Thomas Hahn | Miriam Hallmann | Jana Hanisch | Regina Harzdorf | Manfred Hastedt | Torsten Haubert | Katrin Haufe | Daniel Haupt | Manfred Heidrich | Jürgen Heikenwälder | Stefan Hein | Ernst-Heinrich Hempel | Liane Hennebach | Margitta Hennig | Detlef Hensel | Lutz Hentschel | Christiane Hermsdorf | Anne Heusinger | Andreas Heynig | Oleg Hildebrandt | Wolfgang Himmeler | Jan Hirsack | Sophie Hirsch | Jörg Hoffmann | Stefanie Hoffmann | Frank Hoffmann | Günter Hofmann | Erika Hofmann | Mathias Hofmann | Joachim Hofmann | Dietrich Hofmann | Jens Hoh | Hans Hohmuth | Jana Holler | Dorothea Hormes | Mirko Horn | Klaus Hüfner | Edda Iwer | Johannes Jaeckel | Monika Jahme | Verena Jamil | Roland Jenner | Elna John | Sonja Jungmann | Peter Jungmann | Tim Jungmittag | Günter Jungnickel | Gerhard Kaiser | Maik Kallenbach | Heiko Kämpf | Christa Käpernick | Josephine Kapust | Gisela Keil | Birgit Kempt | Sawsan Khedheyser | Eberhard Kirsten | Katrin Kleeberg | Heidrun Kleindienst | Ines Kleine | Maria Klemm | Josefine Klinkhardt | Karsten Klose | Harald Klotz | Cornelia Klughardt | Hartwig Knopf | Harald Koch | Ellen Koeplin | Reiner Köhler | Torsten Kohlisch | Antje König | Christiane Königsmann | Teresia Konz | Kerstin Korb | Joachim Körner | Winfried Köttsch | Birgit Kraft | Matthias Kranz | Babett Krause | Marc Krause | Gerhard Kraushaar | Anita Krauß | Gerhard Kroll | Kathleen Kuhfuss | Bert Kühnel | Annette Kunze | Rainer Künzel | Matthias Kupfer | Ingrid Kutsche | Erika Lang | Wolfgang Lange | Hannelore Lange | Sabine Lange | Eberhard Langer | Gerd Lederer | Bigit Leibner | Roland Leonhardt | Ingo Lerner | Maik Lesch | Uwe Lexow | Peter Lohr | Steffen Lohse | Sylvie Lorenz | Manuela Lorenz | Renate Mäding | Katrin Malecha | Elke Märker | Bernd Markgraf | Helmfried Martschewski | Jürgen Marx | Matthias May | Ramona Mehlhorn | Hans-Jürgen Meinhold | Rita Meisel | Tino Meißner | Grit Melzer | Andrea Merkel | Thoralf Meusel | Sebastian Mickelthwate | Daniel Mikuta | Marion Missal | Marion Möbius | Florian R. Morgenstern | Kerstin Moritz | Axel Mrwa | Daniel Müller | Holger Müller | Jens Müller | Ralf Müller | Rainer Münch | Bernd Münzner | Heiner Mußmann | Sandra Nachtigall | Klaus Nestler | Jeannette Nestler | Mike Nestler | Margit Neubert | Michael Neumann | Petra Neumann | Doris Nickelmann | Heike Niemeier |



Kathrin Niemeier | Karin Nönnig | Gisela Nowotny | Arnd Oehme | Oliver Oehme | Anke Ohndorf | Helga Olbricht | Florian Opätz | Klaus-Dieter Oswald | Ulrike Pauli | Michael Peuckert | Falko Pflugbeil | Frank Pfüller | Huyhoang Pham | Sven Pienkny | Simone Pönitz | Andreas Pönitzsch | Rita Pooch | Günter Preiß | Doris Protzel | Damian Putschli | Brigitte Pütz | Elke Rahm | Bernhard Rantzsch | Ingo Rauchfuß | Holger Raupach | Ellen Regener | Nancy Reichel | Sven Reiner | Freddy Reinicke | Dietmar Richter | Rotraut Richter | Marcel Richter | Björn Richter | Thomas Rick | Susann Riedel | Elke Riedel | Renate Rieß | Rainer Ritscher | Johannes Rödel | Manuela Rödig | Gert Roland | Ekkehard Rosch | Charlotte Rößler | Siegfried Rothe | Maria Röthig | Christhard Rüdiger | Hans Rudolph | Jörg Ruttloff | Cornelia Safroh | Rainer Sawetzki | Karola Schell | Helga Schien | Jacqueline Schilling | Thomas Schlegel | Bernd Schlegel | Rico Schleicher | Wolfgang Schmidt | Rainer Schmidt | Olaf Schmidt | Diana Schmidtbauer | Johannes Schöner | Hans-Joachim Schönrich | Simone Schott | Frank Schramm | Manfred Schramm | Klaus Schreiber | Andrea Schröder-Patzer | Jürgen Schröer | Uwe Schubart | Robin Schubert | Gerd Schubert | Lutz Schuch | Tina Schuler | Andreas Schüller | Martin Schüller | Susanne Schultz | Linda Schwarz | Peggy Sebastian | Monika Seeger | Katrin Sefton | Silvia Seidel | Ursula Seifert | Sylvia Seltmann | Lilo Sewart | Sabine Sieble | Martina Sommer | Dirk Sonntag | Jenny Spitzer | Gerdi Stark | Brunhild Stein | Helmut Steinbach | Friedrich Stephan | Uwe Stizzoli | Andreas Stoff | Rainer Stoll | Marc Stoll | Sindy Störer | Rene Straube | Lutz Tautenhahn | Martin Thiele | Monika Thiele | Michael Thümmel | Frank Thumser | Jörg Thuß | Constanze Tippmann | Steffen Träger | Frank Trappe | Jutta Trobisch | Volker Tzschucke | Dietmar Uhlig | Karl-Heinz Ullrich | Jürgen Ulrich | Jörg Unger | Wolfram Unger | Klaus van Suntum | Hans-Jürgen Vetter | Doreen Vierke | André Voigt | Steffi Wagner | Stephan Wagner | Frank Wallborn | Igor Wallossek | Jens Wallussek | Heike Walter | Karola Walz | Steffen Warta | Rita Wätzold | Christa Wauer | Nico Weber | Eva Weber | Heidemarie Weigert | Andreas Weise | Günter Weiße | Joachim Welzel | Robert Welzel | Bärbel Weniger | Jürgen Werner | Hagen Widrinka | Claudia Wiebach | Andrea Wiegand | Elisabeth Wilhelm | Achim Willer | Stefan Willi | August Willmann | Roland Winkler | Matthias Wistel | Enrico Wolf | Steffi Wolf | Daniel Wollmann | Ellen Wortmann | Detlef Wuttke | Mohammad Zaher | Andreas Zähler | Simone Zetzsche | Susanne Zielke | Constanze Ziemer | Torsten Zylla

EIN DANKESCHÖN

Vor und hinter den Kulissen haben viele Menschen tatkräftig an der Umsetzung des BürgerForums mitgewirkt: Heike Jentsch und Pia Lorenz von der Stadt Chemnitz haben mit ihrem Team die Veranstaltungen organisiert. Mit großem Engagement setzten sie das BürgerForum 2011 zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten vor Ort um. Ohne ihren Einsatz wäre das BürgerForum Chemnitz nicht möglich gewesen. Marcus Bloser moderierte die Veranstaltungen. Manuela Lang, Ursula Richter, Tobias Sauter und Lars Ziemert moderierten in ehrenamtlicher Tätigkeit die Online-Diskussion. Ihnen und allen zahlreichen Helfern, die hier nicht namentlich erwähnt sind, gilt besonderer Dank.



Solidarität und Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit bedeutet gleiche Sicherheit bei gleicher Verantwortung für alle Bürger. Sicheres Einkommen muss die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, inklusive aller Grundbedürfnisse. Die sozialen Sicherungssysteme müssen nachhaltig umstrukturiert werden.

BürgerRedakteure Maik Fellmann, Hubertus Freitag, Damian Putschli

VORSCHLAG

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) für jedermann garantiert allen Bürgern eine sichere Existenz. Es schafft eine gerechte, solidarische Lebensgrundlage und verringert Bürokratie. Es fördert soziales Engagement, freie Berufswahl, Familie, Bildung, Integration und entschärft Demografieprobleme.

BEGRÜNDUNG

Das bedingungslose Grundeinkommen setzt nachhaltig und weitreichend an unseren sozialen und gesellschaftlichen Problemen an.

Ziele: Recht auf existenzsicherndes Einkommen · Soziale Sicherung · Förderung von Ehrenamt, sozialem und kulturellem Engagement · Einkommen, damit man arbeiten kann · Problemorientierte statt konsumorientierte Forschung und Entwicklung

Menschliche Arbeitskraft wird vom Einsatz effizienterer Maschinen mit höherer Produktivität verdrängt. Immer mehr Menschen sind daher von Einkommensersatzleistungen abhängig, die ständige Beantragung und schonungslose Offenlegung der persönlichen Situation erfordern.

Das bedingungslose Grundeinkommen befreit den Bürger vom Zwang, die erstbeste Arbeit zur Existenzsicherung anzunehmen. Jeder kann wählen, ob und in welchem Bereich er tätig werden will.

Die Begabung eines jeden Bürgers wird stärker zum Wohle der Gesellschaft eingebracht. Die Beschäftigung im

„Wunschbereich“ führt neben mehr Engagement und persönlicher Zufriedenheit zu einem gehaltvolleren Ergebnis.

VORSCHLAG IM DETAIL

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) erhält ausnahmslos jeder volljährige Bürger mit Wohnsitz in Deutschland, der ins deutsche Sozialversicherungssystem eingebunden ist. Das lebenslanglich zu zahlende BGE hat ein Niveau zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Es ersetzt sämtliche Einkommensersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Wohngeld, Renten, BAföG). Dies erfordert eine regelmäßige Anpassung an aktuelle Verhältnisse. Aus dem BGE zahlt jeder Bürger seinen vollen Anteil an den Beiträgen zur Sozialversicherung. Arbeitgeber zahlen einen eigenen Sozialversicherungsbeitrag für Beschäftigte, der nach dem Arbeitsplatzrisiko bemessen ist.

Für Minderjährige wird ein angemessenes, am bedingungslosen Grundeinkommen orientiertes Kindergeld gezahlt. Im Übrigen steht es dem Staat frei, Kinder durch weitere Bildungs- und Entwicklungsprogramme zu fördern.

Aufgrund des BGE erhalten ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement einen höheren Stellenwert. Durch die Existenzsicherung steht einem uneigennützigem Engagement mehr Zeit zur Verfügung.

Das BGE ermöglicht gleiche soziale Mindestvoraussetzungen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf menschenwürdigem Niveau. Niemand muss um seine Existenz bangen. Der Höhe nach ist es gleichwohl im Bereich des Existenzminimums anzusiedeln. Nur so kann die Arbeitsbereitschaft erhalten und bloßes Ausruhen weitgehend ausgeschlossen werden.

Das BGE enthält variable Teile zum Ausgleich regionaler Unterschiede und als Arbeitsanreiz.

Die Finanzierung erfolgt durch Steuern und Abgaben – auf ein vereinfachtes Steuersystem mit Schwerpunkt Konsumsteuern ist hinzuwirken. Denkbar wäre zudem eine Anknüpfung an Wertschöpfungsabschnitte. Die Nutzung von Technologie wird durch ursprüngliche menschliche Arbeit ermöglicht. Die gebundene Arbeitskraft wäre durch eine Lizenzabgabe zu besteuern. Der Unternehmer nutzt mit



der Technik fortwährend menschliche Leistungen. Das BGE sichert die Existenz wegrationalisierter Arbeitnehmer. Daher sollte die Finanzierung wenigstens anteilig an die weitere Nutzung der ursprünglichen Arbeitsleistung geknüpft sein.

PRO UND CONTRA

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ könnte mit dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) in die Tat umgesetzt werden – es dient der Existenzsicherung. Unbequemes Offenlegen der persönlichen Situation zum Erhalt von ALG II etc. und erforderliche Kontakte würden entfallen. Das BGE würde Bildung und Demokratie fördern, da hierfür mehr Zeit zur Verfügung stünde. Mit seiner Einführung können Ressourcen geschont werden. Die Kriminalität würde sinken. Es führt auch zu einer Entschärfung der Demografieproblematik, da der Bürger nicht mehr seinem Job hinterherreisen muss.

Das bedingungslose Grundeinkommen birgt die Gefahr, dass sich mehr Bürger auf ihm ausruhen, da ein Arbeitszwang entfällt. Die Frage der Finanzie-

rung ist für viele Bürger unklar. Es wird als Utopie oder nicht realisierbar eingestuft. Die Einführung eines einheitlichen Satzes sei ungerecht, da es den Bürger in seiner freien Wahl des Lebensraumes einschränkt. Die Einführung des BGE erfordert eine radikale Umgestaltung der Sozial- und Steuersysteme sowie der Behördenlandschaft.

UMSETZUNG

Aufgrund der tief greifenden und umfangreichen Veränderungen ist eine bundesweite, schrittweise Einführung sinnvoll: 1. Sämtliche Einkommensersatzleistungen werden in einer einzigen Leistung (BGE light) zusammengeführt und durch eine Behörde verwaltet/gezahlt. 2. Das bedingungslose Grundeinkommen wird nominal auf alle Bürger ausgeweitet. Wer keine Einkommensersatzleistung erhält, bekommt es zunächst im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung zugerechnet. 3. Umstellung des Steuer- und Abgabensystems zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens, verbunden mit einer beginnenden Auszahlung an Bürger ohne Einkommensersatzleistun-

gen. Die Höhe des BGE orientiert sich am Stand der Umsetzung des Steuer- und Abgabensystems. 4. Abschließende Steuer- und Abgabenumstellung sowie Anhebung des BGE bis auf den regulären Satz bei allen Bürgern. 5. Wenn sich das BGE bewährt, könnte das Recht auf Einkommen im Grundgesetz verankert werden.

Zur Vermeidung unbilliger Härten sind Übergangsregelungen zu prüfen (z. B. langjährige Rentenanwartschaften).

*BürgerRedakteure
Maik Fellmann, Damian Putschli*

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „So viel Staat wie nötig – so wenig Staat wie möglich“, sowie „Soziale Sicherungssysteme“.



Bürger müssen für Mitbestimmung begeistert werden und sich intensiv beteiligen können. Intransparenz ist eine Ursache von Politikverdrossenheit. Unabhängige, umfassende und direkte Informationen sind Voraussetzung für die Mitbestimmung. Die Instrumente der Bürgerbeteiligung müssen erweitert werden. Die Toleranz gegenüber Mehrheitsentscheidungen muss gestärkt werden. Die Grundlagen für Entscheidungen zum Gemeinwohl sind basisdemokratische Prozesse.

BürgerRedakteur Matthias Kupfer

VORSCHLAG

SCHAFFUNG VON UNABHÄNGIGEN UND NEUTRALEN INFORMATIONSPLATTFORMEN

Die Informationen der Bürger müssen neutral und die Medien unabhängig sein. Sachinformation sind die Basis für Entscheidungen. Diskussionsplattformen ermöglichen die Meinungsäußerung und -bildung aller Bürger. Neben Onlinepetitionen soll es eine Veröffentlichungspflicht für politische Akteure geben.

BEGRÜNDUNG

Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden mündigen Bürgers, seine Informationskanäle selbst auszuwählen, die Informationen zu bewerten und daraus Entscheidungen hinsichtlich seines Wahlverhaltens, seines gesellschaftlichen Engagements abzuleiten. Dennoch müssen gewisse Standards gelten. Dazu gehört, dass öffentlich-rechtliche Medien keinen (partei-) politischen Einflüssen unterliegen. In ihren Aufsichtsgremien dürfen keine hochrangigen Politiker sitzen und auch nicht an Personalentscheidungen (z. B. Fall Bender/ZDF) mitwirken.

Auch sollten Journalisten zu parteipolitischer Ausgewogenheit angehalten werden. Die Verflechtung der Medien mit Politik oder Wirtschaft birgt die Gefahr gelenkter Berichterstattung in sich (z. B. im Falle von Katastrophen und anderer besonderer Ereignisse). Die Meinungsbildung soll verstärkt auf Basis von Fakten erfolgen. Generell gibt es derzeit eine erhebliche Fehlstellung im System bzw. in der Verflechtung von Politik und Medien.

VORSCHLAG IM DETAIL

Zu wichtigen Entscheidungen sollten themenbezogene Foren auf Online-Plattformen eröffnet werden. Jeder politische Akteur (aktiver Politiker/Gremium) sollte seinen Standpunkt und seine Informationsquellen in diesen Foren darlegen.

Auch Bürger sollen sich dort an der Meinungsbildung gleichberechtigt beteiligen können. Instanzen und Politiker sind aufgefordert, darin auf Kernfragen Antworten zu geben und Hintergründe für Entscheidungen bereitzustellen. Gemäß den demokratischen Prinzipien sollten diese Plattformen einheitlich erreichbar sein.

Durch diese Plattformen kann sich der Bürger zu allen Facetten, allen Pros und Contras eines Themas informieren und bekommt so ein Gesamtbild. Nur dadurch ist er in der Lage zu entscheiden, was er an dem Thema gut findet und was er eher ablehnt. Durch die Diskussion mit anderen Bürgern erkennt er, wie andere das Thema bewerten; welche Auswirkungen oder Folgen sie sehen; wie sie das Thema auf sich und

ihre soziale Lage beziehen. Die Ergebnisse der Diskussion, wie auch immer sie ausfallen, können Politikern helfen einzuschätzen, wie die Bürger das Thema sehen, welche Probleme sie sehen und welche Lösungsvorschläge sie entwickeln.

Auch wenn der Politiker die Ansichten der Bürger nicht teilt, kann er ihre Einschätzungen nachvollziehen und seine Meinung öffentlich besser begründen.

Die Schaffung unabhängiger und neutraler Plattformen hat also für den Bürger den Vorteil, dass er sich seine Meinung aus objektiven Informationen bilden kann, und stellt gleichzeitig den ersten Schritt zu einer stärkeren Einbeziehung der Meinung der Bürger in die Politik dar.

Die mit diesem Verfahren verbundene Transparenz in der Politik lebt den Menschen eine glaubwürdige und diskutierenswerte Gesellschaft vor und motiviert sie idealerweise dazu, die Möglichkeiten der Mitgestaltung ausgiebig zu nutzen. Dabei muss die Verbindlichkeit des Handelns immer gewahrt bleiben. Die aktuelle Form der Online-



Petitionen kann dafür eine Ausgangsbasis darstellen.

PRO UND CONTRA

In der heutigen Zeit gibt es eine Vielzahl von Informationen. Nicht die Menge der Informationen sind das Problem, sondern die Sondierung und Bewertung der Information.

Eine Überprüfung des Wahrheitsgehalts ist bei den neuen Medien oft schwierig und setzt zumindest eine große Erfahrung voraus. Eine Garantie für eine neutrale Information kann es nicht geben. Sofern aber, wie bisher, als politisch neutral geltende Institutionen (Universitäten u. ä.) Gutachten zu bestimmten Fragen erstellen, kann eine gewisse Neutralität angenommen werden. Man steht also „nur“ vor dem Problem der Sondierung dessen, was für die Entscheidungsfindung wichtig ist.

Bei dem Einsatz neuer Medien wächst die Chance, auch mehr Jugendliche zu erreichen. Entscheidungen müssen nachvollziehbar und verständlich sein, dann gibt es auch eine Chance für die Akzeptanz unpopulärer Maß-

nahmen und künftig mehr Mut dazu. Ein Garant für mehr Engagement der Bürger im politisch-gesellschaftlichen Bereich ist es allerdings nicht.

UMSETZUNG

Ein Gesetz zur Veröffentlichungspflicht von Informationen der politischen Akteure wäre erforderlich. Sofern die Publikation auf dafür vorgehaltenen Plattformen erfolgt, gilt für den, der das gut pflegt und sich nach Logik, allgemeinen Bedürfnissen und zukunftsorientiert verhält, dass er Popularität erlangt und gewählt wird.

Ungereimtheiten bei beauftragten Gutachten und der folgenden politischen Entscheidung machen deutlich, dass auch Fachwissen und Expertise keine Garanten für eine vernünftige Entscheidung sind.

Wenn beauftragte Gutachten/Materialien von Regierung und Parlament zu veröffentlichen sind, dann wäre eine widersinnige Entscheidung schwieriger zu rechtfertigen. Eine Veröffentlichungsausnahme stellen Themen mit Geheimhaltungsbedürfnis aus sicherheitspoliti-

schen Erwägungen dar – sind aber die absolute Ausnahme. Voraussetzung ist allerdings grundsätzlich, dass sich die Bürger auch informieren wollen.

Denkbar sind erweiterte (digitale) Amtsblätter auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

BürgerRedakteur Matthias Kupfer

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Beteiligungswillen durch positive Erfahrungen, Bildung und Vorbilder“, „Vertrauen schaffen durch Transparenz“, sowie „Volksentscheide als grundlegendes Entscheidungsinstrument“.



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu stärken. Im Zuge des demografischen Wandels werden Mehrgenerationenkonzepte notwendig. Gegenseitige Förderung und Unterstützung sind das Ziel. Durch Stärkung der sozialen Kompetenz, Bildung und Erziehung in Kindertagesstätte und Schule ist künftiges Zusammenleben auch in nichttraditionellen Gemeinschaften wünschenswert. Durch bessere rentenrechtliche Honorierung von Zeiten der Kindererziehung und Familienarbeit werden die Leistungen der Eltern anerkannt.

BürgerRedakteure Hermann Grafe, Steffi Wagner

VORSCHLAG

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern, brauchen wir in Deutschland kostenfreie Bildungseinrichtungen und flexible Arbeitszeitmodelle. Im Steuersystem muss es Anreize zur Familiengründung geben und bei der Rente sollten auch Kinderbetreuungszeiten berücksichtigt werden.

BEGRÜNDUNG

Durch gesetzliche Bestimmungen wird Planungssicherheit für Paare geschaffen. Ziel ist eine höhere Geburtenrate, Familien mit mehreren Kindern.

Ein sicherer Arbeitsplatz, angepasste Arbeitszeitmodelle wie Teilzeitangebote und Heimarbeit kommen dem sicheren Wiedereinstieg nach der Babypause entgegen.

Durch den Gesetzgeber sind die Zeiten der Arbeit zuhause, wie Pflege, rentenrechtlich angemessen zu honorieren.

Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, sich auf alte Traditionen zu besinnen. Wenn Mitarbeiter über viele Jahre im Unternehmen tätig sind, sich mit dem Unternehmen identifizieren und nicht permanent in Sorge um den Arbeitsplatz sind, bringen sie gute Leistungen. Dies bringt regelmäßig mehr Gewinn als familienfördernde Maßnahmen kosten.

Gleicher Lohn für Mann und Frau, in Ost und West!

Es muss wieder möglich sein, seinen Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit zu bestreiten.

Niedriglöhne und andere Unterwanderungen gerechter Entlohnung sind durch den Gesetzgeber zu unterbinden.

VORSCHLAG IM DETAIL

Es ist nicht alleine die Aufgabe der Eltern, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Die Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen ist vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der auch der Staat und die Arbeitgeber gefordert sind.

Zur Unterstützung der Eltern ist insbesondere ein breites und flexibles Angebot an Kindertagesstätten, Horten und Ganztagschulen unabdingbar. Dazu muss der Staat die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen schaffen und Haushaltsmittel bereitstellen. Nur wenn eine kostenfreie, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sichergestellt ist, haben Eltern, vor allem junge Mütter, auch nach der Familiengründung den Rücken frei für eine Rückkehr ins Berufsleben.

Familien müssen vom Staat aber auch finanziell entlastet werden: Neben steuerlichen Anreizen zur Familiengründung soll geprüft werden, ob bei

der Rentenversicherung auch Kinderbetreuungszeiten angerechnet werden können.

Ebenso wichtig für die Entlastung ist es, die Bürokratie zu mindern.

Auch die Unternehmen sind gefordert und sollten Familien durch flexible Arbeitszeitmodelle (z. B. Teilzeit, Home Office) und Betreuungsangebote für Kinder (z. B. Betriebskindergärten) unterstützen. Unabhängig von der Orientierung am wirtschaftlichen Gewinn tragen Unternehmen auch Verantwortung für ihre Arbeitnehmer. Eine motivierte, gut qualifizierte Belegschaft mit einem intakten familiären Rückhalt wirkt sich nicht zuletzt auch positiv auf die Produktivität und den Gewinn eines Unternehmens aus. Unternehmen, die sich in besonderer Weise für familienfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen, sollten steuerlich gefördert und mit einem Siegel als „familienfreundliches Unternehmen“ ausgezeichnet werden.

PRO UND CONTRA

Es ist zu befürchten, dass der Arbeitgeber nur Kinderlose oder Eltern, die



keinen Platz in einer Kindertagesstätte brauchen, einstellt, wenn er die Kosten dafür übernehmen soll. Und wer zahlt die Plätze in Kindertagesstätten für Kinder selbstständiger oder arbeitsloser Eltern?

Dass der Vorschlag problematisch ist, zeigt der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung und einer Elternquote. In Schweden sind viele soziale Leistungen für Kinder kostenlos – dort könnten wir uns manches abschauen. Grundsätzlich sollten Staat und Kommunen auch finanziell dokumentieren, dass Kinder willkommen sind. Das heißt, auch bei knappen Kassen sollte zuletzt an Leistungen oder Projekten für Kinder gespart werden.

Der Arbeitgeber könnte durch steuerliche Entlastungen positiv unter Druck gesetzt werden, Kosten für Kindertagesstätten zu übernehmen bzw. ab einer bestimmten Mitarbeiterzahl eigene Betreuungseinrichtungen zu betreiben.

Dafür sollten die Unternehmen als Gegenleistung steuerliche Vorteile erhalten, so dass es attraktiv für sie bleibt.

UMSETZUNG

Der Gesetzgeber muss die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für diese Maßnahmen schaffen. Investitionen in die Zukunft unseres Landes müssen vom Bund getätigt werden. Sie werden sich langfristig rentieren, denn nur gut ausgebildete Kinder können künftig den Wohlstand in Deutschland sichern.

Die Finanzierung kann durch die Umschichtung von Haushaltsmitteln erfolgen, z. B. aus folgenden Quellen: Verzicht auf die weitere Stützung von maroden Banken, Nutzung von frei werdenden Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt, Umlage von bisher antragsgebundenen Mitteln der Sozialhaushalte.

Zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll ein Runder Tisch mit Vertretern aus allen Interessengruppen (Politik, Wirtschaft, Eltern etc.) eingerichtet werden.

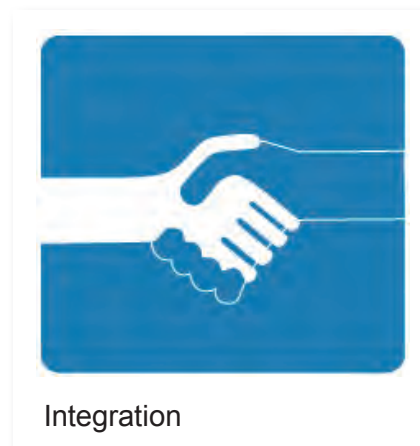
Dabei sollte eine Bestandsaufnahme der aktuellen gesellschaftlichen und finanziellen Bedingungen erfolgen. Zudem sollten konkrete Vorschläge ge-

sammelt und bewertet werden. Abschließend sollen im Konsens verbindliche Maßnahmen verabschiedet werden.

BürgerRedakteur Hermann Grafe

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Familien durch finanzielle Zuschüsse entlasten“, „Mehrgenerationenkonzepte!“, sowie „Soziale Kompetenz stärken!!“.



Unsere Gesellschaft soll lebendiger werden, indem sie die Vielfalt an Meinungen, Kulturen und Lebensformen diskutiert. Hier liegen Synergien, die genutzt werden können. Notwendig dafür sind: Erkennen der eigenen Werte, Kommunizieren und Vermitteln dieser Werte im Dialog (freiheitlich-demokratische Prinzipien, Menschenrechte), wertungsfreies Akzeptieren der individuellen Leistungsfähigkeit, praktizierte Toleranz für ein Gemeinschaftsgefühl zwischen allen Gruppierungen (z. B. Migranten, Senioren, Behinderte).

BürgerRedakteure Katrin Franke, Ekkehard Rosch

VORSCHLAG

KLARES BEKENNTNIS ZUR VIELFALT ALS BESTANDTEIL UNSERER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

Lebendige, friedliche Integration ist ein gegenseitiger Lernprozess und basiert auf Wertegemeinschaften. In deren Entwicklung müssen Menschen aller Gruppierungen einbezogen werden. Diese Vielfalt gibt positive Impulse für unsere gesellschaftliche Entwicklung und bereichert das Leben des Einzelnen.

BEGRÜNDUNG

Integration bedeutet Wiederherstellung eines Ganzen bzw. Eingliederung in ein großes Ganzes. Wenn eine Gesellschaft funktionieren soll, müssen alle Mitglieder zusammenwirken. Der Grad der Integration gilt als Maßstab der Stabilität. Das setzt voraus, dass jeder bereit ist, den anderen teilhaben zu lassen an der eigenen Kultur, am eigenen Lebenskonzept und umgekehrt, eine Akzeptanz und Teilhabe der anderen Seite anzunehmen.

Eine Gesellschaft wird erst eine lebendige Gemeinschaft, wenn sie die in ihr lebenden Gruppierungen, d. h. alte, behinderte, kranke Menschen, Kinder, Migranten, etc. soweit wie möglich in das Gemeinschaftsleben einbezieht. Das heißt, Möglichkeiten zu schaffen, den anderen kennenzulernen, zu akzeptieren und nach seinen Fähigkeiten auch erwerbstätig einzusetzen. Mehr soziales Miteinander befördert Interesse an Integration, ein aufeinander Zugehen und eine Werte-Entwicklung. So werden Synergien und völlig neue Ansätze ermöglicht.

VORSCHLAG IM DETAIL

Mit der Nutzung von Begegnungsmöglichkeiten können (häufigere) Kontakte bewusst wahrgenommen werden, um andere soziale Gruppierungen tatsächlich besser kennenzulernen und entstandene Vorurteile auszuräumen. Vorurteile lassen sich am besten reduzieren durch gesellschaftlich angestrebte, also vorbereitete Kontakte. Dabei kann man erfahren, welche Fähigkeiten jemand hat, welche Ressourcen vorhanden sind.

Aus diesen Erfahrungen können sich weitere Integrations- und Inklusionsmöglichkeiten ergeben (z. B. spezifische integrative Wohnformen; Anreize für die Vermietung von Wohnraum an kinderreiche Familien und Migranten; Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten; Weiterbildung). Soziale Netze dienen als Unterstützer, Vermittler von Normen und Werten, als Kontrollinstanz, sie sind eine starke Basis für Zivilcourage und können bei Regelverletzungen klärend eingreifen.

Kinder: Integration muss schon im Kindesalter beginnen. Achtsamkeit ist

zu fördern, um sie vor schädigenden Einflüssen zu schützen, ihnen Grenzen zu setzen und an Normen und Werte heranzuführen.

Schulschwänzer, -verweigerer (Jugendliche): Diese werden mit engagierten Menschen – das können auch ältere Menschen mit spezifischen Fachkenntnissen sein und Sozialarbeiter – zusammengebracht, wo sie Selbstvertrauen, Regeln und Werte kennen lernen sowie Zukunftsperspektiven erhalten.

Pflegebedürftige, behinderte Menschen: Ambulante Pflege bzw. Assistenz ist bevorzugt einzusetzen, damit Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben und ihre Selbstständigkeit erhalten. Pflege, Betreuung und Begleitung können auch Menschen bereichern, die nicht erwerbstätig sind. Weiterbildungen und andere Formen der Unterstützung (z. B. Hausgemeinschaften; Wohnblock-Unterstützung) sollten ermöglicht werden.

Migranten und Zuwanderer: Entghettoisierung; Unterstützung bei Integrationsproblemen z. B. mit Ämtern; ihre Fachkenntnisse anerkennen, nut-



zen und ausbauen; Film- und Theaterprojekte; differenzierte Berichterstattung; Kulturaustausch.

PRO UND CONTRA

Contra: Ein Umdenken der Gesellschaft zu mehr Solidarität ist ein langer Prozess; nicht alle Bürger werden sich dem neuen Denken öffnen können. Es wird Rückschläge geben. Soziale Netze können überfordert sein/werden. Es gibt auf allen Seiten integrationsunwillige Menschen.

Pro: Unsere Gesellschaft wird solidarischer. Ängste und psychische Krankheiten werden abnehmen. Jeder kann sich als wertvollen Teil der Gesellschaft erleben und man kann sich in der Gesellschaft wirklich wohlfühlen. Deutschland wird langfristig ein leistungsstarkes Land bleiben und sich weiter entwickeln.

Unterstützungsleistungen werden in gegenseitigem Einvernehmen angeboten – mit gemeinsam vereinbarten Zwischenzielen; damit sind Erfolge besser erkennbar. Synergien können sich aus den jeweiligen Ressourcen entwickeln.

Aufgrund dieses sozialen Miteinanders wird bei mehr Menschen als bisher Integrationswilligkeit erreicht. Es liegt ein gemeinsames Ziel vor, nämlich eine lebendige Gesellschaft zu erhalten.

UMSETZUNG

Engagierte Bürger initiieren, begleiten und evaluieren Patenschaften zwischen Jung und Alt, In- und Ausländern, sozial Starken und Schwachen, behinderten und nichtbehinderten Menschen, pflegebedürftigen und pflegewilligen Personen.

Es werden Wochenendprojekte mit Migranten, interkulturelle Wochen, Musikprojekte und Projekte mit Randgruppen organisiert. Projekte, in denen gezielt die Situation von Alleinerziehenden, Hartz-IV-Empfängern, Straftatlosen aufgenommen wird sowie die Probleme von Erziehern, Lehrern, Sozialarbeitern, Richtern, um aus diesen Erfahrungen neue Wege und Lösungen zu finden, sind zu fördern.

Die Vermittlung von Erwerbstätigkeit durch soziale Netzwerke ist ein Weg auf den Arbeitsmarkt und damit der Schlüs-

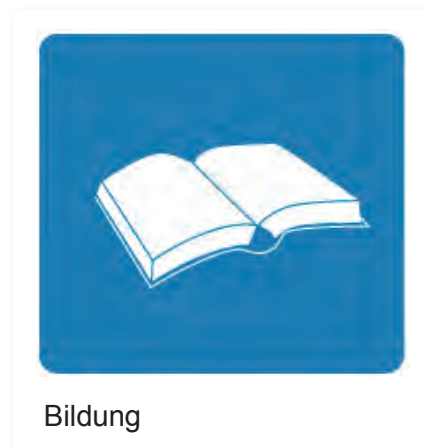
sel zur Integration, auch der sprachlichen. Eine deutliche Stärkung dezentraler Strukturen (Quartiersmanagement, Stadtteilbüro) fördert die Integration sehr. Inklusion ist das Ziel.

Migranten im öffentlichen Blickpunkt dienen als Vorbild für gelungene Integration.

BürgerRedakteur Katrin Franke

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Anerkennung von Bildungsabschlüssen (aus EU und bei Asylbewerbern)“, „Durch Stärken des sozialen Miteinanders die gegenseitige Integrationswilligkeit entwickeln“, sowie „Soziales Miteinander stärken“.



Bildung ist Angelegenheit des Bundes. Ein bundesweit einheitliches Bildungssystem ermöglicht Chancengleichheit für alle und für Familien höhere Flexibilität sowie Mobilität. Die Herausforderung ist, auf dem Fundament eines nachhaltig gefestigten Basiswissens (z. B. über längeres gemeinsames Lernen), durch individuelle und ganzheitliche Förderung ein hohes Bildungsniveau zu schaffen. Investition in Bildung ist Zukunft!

BürgerRedakteure Rene Eggeler, Sylvie Lorenz

VORSCHLAG

BILDUNGSHOHEIT DER LÄNDER AUF BUND ÜBERTRAGEN

Ein hohes Bildungsniveau, hohe Sozialkompetenz (gemeinsames Lernen mindestens bis zur sechsten Klasse) sowie höchstmögliche Leistungsfähigkeit im Beruf setzt voraus, dass auf Grundlage bundesweit einheitlicher Lehrpläne, Lehrmittel und Abschlüsse in der Ausbildung für ALLE Chancengleichheit geschaffen wird.

BEGRÜNDUNG

Ziel der Bildung ist es, alle Kinder mit eigenständiger Urteilsfähigkeit, hoher Sozialkompetenz und einem höchstmöglichen Bildungsniveau auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorzubereiten. Voraussetzung dafür ist ein einheitliches Bildungssystem unter der Hoheit des Bundes. Mit einheitlichen Bildungsstandards wird die Chancengleichheit aller gewährleistet.

Bildung muss einkommensunabhängig sein und so individuell wie nötig erfolgen. Im Berufsleben wird Flexibilität und Mobilität gefordert. Es kann nicht sein, dass Abschlüsse in ihrem Grad oder Wert nicht anerkannt werden bei – oftmals arbeitsbedingtem – Umzug in ein anderes Bundesland, oder dass Kinder aus demselben Grund eine Klasse wiederholen müssen. Es darf keine Rolle spielen, in welchem Bundesland die Ausbildung (Vorschule bis Studium) erfolgte.

Spezifiziert nach Fach und Schultyp ist ein bundesweit einheitlich angelegtes Lehramtsstudium Grundvoraussetzung.

VORSCHLAG IM DETAIL

Die Kleinstaaterei im Bildungswesen widerspricht allen gemeinschaftlichen Zielen. Sie erzeugt seit Jahren ein stagnierendes oder gar abfallendes Bildungsniveau. Sie benachteiligt Kinder und deren Eltern bei der von der Wirtschaft geforderten Arbeitsort-Flexibilität. Sie ist mitverantwortlich für die Unterschiede beim Bruttosozialprodukt der einzelnen Bundesländer. Sie schafft schlichtweg Chancen-Ungleichheit. Zur Wissensvermittlung sind deshalb einheitliche Schul- und Lehrbücher von der Grundschule bis zum Studium erforderlich.

Um Abiturienten einen reibungslosen Übergang zum Studium an Hochschulen oder Universitäten zu ermöglichen, muss das Abiturniveau diesen Anforderungen dringend angepasst werden (Zentralabitur).

Kinder und Jugendliche sollten schon viel früher und öfter als beim zweiwöchigen Praktikum in der neunten oder zehnten Klasse Einblick ins Wirtschafts- und Arbeitsleben erhalten. In den Bildungsweg sollte ein praxisbezo-

gener Unterricht für die Klassen Neun und Zehn integriert werden. Hier sollte die Wirtschaft ihren Anteil bei der Bildung leisten. Längeres gemeinsames Lernen fördert in erster Linie die Sozialkompetenz. Sie ist ein Grundbaustein für die Entwicklung einer starken Gesellschaft.

Die Entscheidung in der vierten Klasse, welcher weiterführende Bildungsweg gewählt werden soll, überfordert nicht nur die für diese Entscheidung zu unreifen Kinder, sondern auch die Eltern. Sie müssen über den existenziellen Bildungsweg ihres Kindes entscheiden, mit dem Bewusstsein, dass es entweder überfordert wird oder ihm Bildungsmöglichkeiten verbaut werden. Späteres Wechseln ist zwar möglich, aber schwierig, denn Herangehensweise und Art des Unterrichts sind sehr unterschiedlich.

Sehr wichtig ist die vermehrte Wertlegung auf Pädagogik und Didaktik während des Lehramtsstudiums. Zu fordern ist noch ein ineinander übergreifender Lehr- und Erziehungsplan für die Vor- und Grundschule sowie für den Hort.



PRO UND CONTRA

Der Vorteil des föderalen Bildungssystems hat sollen sein: „... neue Wege in der Bildungspolitik zu beschreiten, neue Konzepte zu erproben, von den Besten zu lernen und Misserfolge zu begrenzen“. Das Problem ist, dass Irrwege zu spät erkannt werden. Für diese Ziele muss es keinen Wettbewerb unter den Ländern geben. Das kann besser erreicht werden durch Austausch der pädagogischen Ansätze.

Wegen der geforderten Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt müssen im Bildungswesen vergleichbare Voraussetzungen geschaffen werden. Das jetzige föderale Bildungssystem steht dem im Wege. Aber – der Bildungsföderalismus ist bislang im Grundgesetz verankert! Im Grundgesetz ist jedoch auch von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu lesen, das sollte unser Pfand sein! Nach einer Forsa-Umfrage sind 91 Prozent der Eltern gegen bildungspolitische Kleinstaaterei. Dies ist die Herausforderung: sich gegen überholte Strukturen zu wenden, die eine Weiterentwicklung behindern.

UMSETZUNG

Die Kultusministerien der Länder und das Bundesministerium für Bildung und Forschung müssen sich zusammensetzen und einen einheitlichen Leitfaden ausarbeiten. Dabei sollten die Stärken im Bildungswesen der einzelnen Bundesländer beibehalten werden (siehe PISA-Studie).

Auf keinen Fall sollte ein schon bestehendes Bildungswesen eines Landes den anderen „übergestülpt“ werden. Es reicht aber nicht, nur die Kultusministerien und Verantwortlichen des Bundes an den Tisch zu holen. Hier müssen Vertreter von Handwerk, Industrie, Universitäten etc. hinzugezogen werden, um die Ziele zu benennen, die für eine weitere Ausbildung in Lehre und Studium von grundlegender Bedeutung sind.

Letztendlich muss eine Änderung des Grundgesetzes bewirkt werden, da derzeit noch die föderale Bildungshoheit festgeschrieben ist.

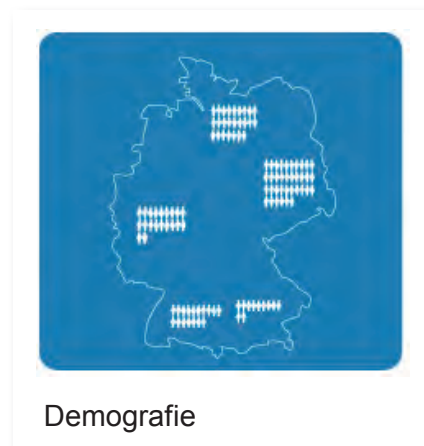
Bundesweite Volksentscheide, zusätzliche Petitionen an Bund und Länder und Gespräche mit Vertretern der

Volksparteien sind zwingend notwendig, um sich gegen diese überholten Strukturen zu wenden.

BürgerRedakteur Sylvie Lorenz

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Enge kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten“, „Längeres gemeinsames Lernen“, sowie „Wann beginnt Bildung?“.



Der demografische Wandel wird uns noch Jahrzehnte begleiten. Er verlangt von uns Verständnis und Lösungen für die Probleme aller Bevölkerungsgruppen, Nutzung ihrer Ressourcen, Unterstützung der Generationen und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse mit dem Hintergrund einer solidarischen, gerechten Finanzierung. Die Sozialpolitik ist gefordert, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

BürgerRedakteure Priska Behr, Diana Schmidtbauer

VORSCHLAG

UMFELD FÜR KINDER UND FAMILIEN ATTRAKTIVER GESTALTEN

Das Zusammenleben im familiären Umfeld mit Kindern soll mit dem Ziel der Steigerung der Geburtenrate nachhaltig gefördert werden. Familie und Beruf müssen ohne Armutsrisiko lebenswert finanzierbar und vereinbar sein. Dabei sind die Ressourcen aller gesellschaftlichen Schichten intensiv zu nutzen.

BEGRÜNDUNG

In Deutschland muss der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung mit umfassenden und weitreichenden Maßnahmen entgegengewirkt werden. Der demografische Wandel als Prozess ist nicht unumkehrbar.

Finanzielle Zuwendungen sind ein Instrument zur Steigerung der Geburtenrate, das aber nur nachhaltig wirkt, wenn das gesamte gesellschaftliche Umfeld familienfreundlich gestaltet wird. Erst dann werden Familien, dabei vor allem die Frauen, sich nicht mehr zwischen Familie und Karriere entscheiden müssen.

Die Gründung einer Familie mit Kindern muss planbar, mit dem Beruf vereinbar und finanzierbar sein.

In einer familienfreundlichen Atmosphäre wird das Miteinander der Generationen selbstverständlich und die Bedeutung der Existenz verschiedener Generationen offensichtlich.

Ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen können zum gegenseitigen Vorteil eingesetzt werden.

Nur über diesen Weg kann eine stabile und zukunftsfähige demografische Entwicklung gesichert werden.

VORSCHLAG IM DETAIL

Die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen werden aufgefordert, entsprechende Rahmenbedingungen für die Gründung von Familien zu schaffen.

Die Möglichkeiten der Kinderbetreuung müssen den Erfordernissen des Berufsalltags in Qualität und Quantität, oder, wo nötig, das Arbeitsrecht an die Erfordernisse der Kindererziehung angepasst werden. Rechtliche, versicherungstechnische und ideologische Schranken dürfen eigenverantwortlichen und kreativen Lösungsansätzen zur Kinderbetreuung nicht länger im Wege stehen.

Insgesamt sind die Aufgabenbereiche der Jugendämter den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen, um diese zu wirksamen Familienämtern zu machen. Ein Schwerpunkt hierbei ist die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Familie, z. B. das Schaffen einer bürgerorientierten Informationsplattform.

Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die Verpflichtung, sich für Familien zu engagieren. Auch die freie Wirtschaft kann hierbei nicht ausgenommen werden. Es muss ein Umdenken hin zur demografischen Verantwortung als Teil unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses erfolgen.

Bildungsmöglichkeiten für junge Mütter und Väter, insbesondere, aber nicht nur im Erziehungsurlaub, sind verbesserungswürdig. Die Erziehung eines Kindes darf nicht länger gleichbedeutend mit einem Karriereknick sein. Studieren mit Kind sollte von der Ausnahme zur Regel werden, damit das Durchschnittsalter der Eltern in Deutschland wieder sinkt.

Eine neue Auslegung des Generationenvertrages muss gefunden werden, in der die Generationen gemeinsam das demografische Erbe der letzten 40 Jahre tragen. Hierfür sind Möglichkeiten zur ehrenamtlichen oder teilweise ehrenamtlichen Hilfe zu schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, effektiv an der Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft mitzuwirken. Dazu muss auch das Grundverständnis des



Zusammenlebens von Jung und Alt neu definiert und auf gegenseitige Inanspruchnahme von Hilfe und Unterstützung ausgerichtet werden.

PRO UND CONTRA

Pro: Sozial abgesicherte Arbeitnehmer sind leistungswilliger, höher motiviert und identifizieren sich stärker mit ihrem Unternehmen. Die berufliche und soziale Zukunft des Einzelnen steht einem Kinderwunsch nicht im Wege. Soziale Spannungen lösen sich, wodurch auch Erscheinungen unserer Gesellschaft wie Alkoholismus, Drogenkonsum und häusliche Gewalt abnehmen. Insgesamt würde eine Stabilisierung des sozialen Gefüges eintreten, dessen Folgen noch nicht benannt werden können. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht in direktem Bezug zu Art. 6 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Contra: Auf die Arbeitgeber kämen zusätzliche Kosten zu, die im schlimmsten Falle Investitionen verhindern könnten. Der organisatorische Aufwand ist recht hoch und verursacht Kosten, die nicht direkt bei den Familien ankom-

men. Es müssen Gesetzesgrundlagen für die Ausführung und die Finanzierung geschaffen werden. Die Erfolge werden in naher Zukunft nicht messbar sein. Letztlich bleibt die Finanzierbarkeit selbst als Gegenargument.

UMSETZUNG

Die vom Staat zu schaffenden Rahmenbedingungen müssen von denen eingefordert werden, die Familie haben oder gründen wollen. Politisches Umdenken hin zu einer humanen, kinder- und familienfreundlichen Politik muss die Folge dieser Forderungen sein. Als gutes Beispiel dafür sei hier das Projekt „Demografie Zschopau“ genannt.

Ein Mindestlohn muss für alle Bereiche unter Berücksichtigung flexibler Arbeitszeitmodelle eingeführt werden, Zeitarbeit eingeschlossen. Kinderbetreuung bei freiwilliger Weiterbildung muss möglich gemacht werden. Ganztagsbetreuung von Kindern in Kinder-einrichtungen und Schulen muss bezahlbar werden. Schulspeisung, Schulbücher und Arbeitsmittel sind kostenlos bereitzustellen. Freier Eintritt in

kulturelle Einrichtungen und Sportstätten. Ab einer bestimmten Größe des Unternehmens oder der Innung sind Betriebskindergärten oder eine Beteiligung an einem solchen zur Pflicht zu erheben. Vermittlung und Bezuschussung durch die Agentur für Arbeit muss soziale Aspekte mehr in den Mittelpunkt stellen.

BürgerRedakteur Diana Schmidtbauer

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Pflichtjahr für junge Menschen“, „Anreize zur Familiengründung schaffen!“, sowie „Generationenübergreifende Partnerschaft“.



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung



Heinz Nixdorf Stiftung